

Schriften zur politischen Landeskunde
Baden-Württembergs

Band 48

Herausgegeben von der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Frank Engehausen und Reinhold Weber (Hrsg.)

Baden und Württemberg 1918/19

Kriegsende – Revolution – Demokratie

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Umschlagfotos (von links oben nach rechts unten):

Stadtarchiv Mannheim – Institut für Stadtgeschichte (KF001899),
Generallandesarchiv Karlsruhe (J-Ac A 56b), Universitätsarchiv Heidelberg
(Alb XI 00059), Generallandesarchiv Karlsruhe (NL Geiß 9,1)

1. Auflage 2018

Verlag W. Kohlhammer GmbH
in Verbindung mit der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg
Alle Rechte vorbehalten
© 2018 W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-945414-44-6

E-Book-Formate:

epub: ISBN 978-3-945414-45-3

mobi: ISBN 978-3-945414-46-0

Einhundert Jahre, nachdem die erste Demokratie auf deutschem Boden etabliert wurde und alle Bürgerinnen und Bürger das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bekamen, legt die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit diesem Band ein Werk vor, das ihrem Anspruch gerecht werden will, Forschungserträge zur Landeskunde und Landesgeschichte einem breiten Publikum zu vermitteln. Die Novemberrevolution 1918 war eine verfassungsgeschichtliche Zäsur. Sie fiel zusammen mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und mit großer Not der Menschen. Wie aber haben unterschiedliche Bevölkerungsgruppen im deutschen Südwesten diese historische Zäsur erlebt? Wie haben Politikerinnen und Politiker im Südwesten versucht, für die neue Staatsform Demokratie zu werben? Wie hat die Arbeiterschaft in der Umbruchphase 1918/19 reagiert, wie die „normale“ Bevölkerung, die oftmals Hunger leiden musste? Wie agierten Frauen in der Revolution, denen sich erstmals ganz neue Spielräume in der Politik boten? Wie blickten die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft auf die Jugend und wie reagierten Professoren und Studierende an den Universitäten auf die Neuerungen? Nicht zuletzt: Wie griffen der Adel und die christlichen Kirchen die Umwälzungen auf, zwei Gruppierungen bzw. Institutionen also, die in besonderer Weise mit den Monarchen verbunden waren? Diese Fragen machen deutlich: Der vorliegende Band nimmt nicht die in der Geschichte oftmals vorherrschende Perspektive „von oben“ ein, sondern thematisiert aus dem Blickwinkel der Bevölkerung die grundlegenden Veränderungen, die die Epochen­zäsur von 1918/19 mit sich brachte.

Unser herzlicher Dank geht an den Mitherausgeber Prof. Dr. Frank Enghausen von der Universität Heidelberg, einem der besten Kenner der südwestdeutschen Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Gleichmaßen danken wir den Autorinnen und Autoren des Bandes, die sich bisweilen auf neues Forschungsterrain begeben und den Mut bewiesen haben, auch dort Fragen zu stellen, wo es bislang keine oder nur wenige Antworten der historischen Forschung gibt. Unser herzlicher Dank gilt darüber hinaus

den zahlreichen Bildgebern, die einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Bandes geleistet haben, sowie Christian Reck und Carina Moser aus Tübingen, die die Texte umsichtig durchgesehen haben. Dem Verlag W. Kohlhammer in Stuttgart danken wir für die fortwährende vertrauensvolle und professionelle Zusammenarbeit.

Stuttgart, im April 2018

Lothar Frick
 Direktor der Landeszentrale
 für politische Bildung

Prof. Dr. Reinhold Weber
 Leiter der „Schriften zur politischen
 Landeskunde Baden-Württembergs“

Vorwort	5
Einleitung der Herausgeber	9
<i>Frank Engehausen und Reinhold Weber</i>	
Die Revolution von 1918/19 in Baden und Württemberg – ein Überblick	13
<i>Frank Engehausen</i>	
„Das deutlichste Symbol unserer Zeit“ – die Amtsbereisungen des badischen Staatspräsidenten Anton Geiß 1919	61
<i>Bernd Braun</i>	
„Frieden nach Außen, Freiheit im Innern“: der Metallarbeiterstreik im Februar 1918 in Mannheim	83
<i>Kurt Hochstuhl</i>	
Hungerunruhen und Teuerungsproteste in Württemberg 1919–1923	101
<i>Michael Wettengel</i>	
Frauen in der Revolution	131
<i>Katja Patzel-Mattern</i>	
Die Jugend fest im Blick – ein Forschungsfeld	155
<i>Clemens Rehm</i>	
Universitäten im Umbruch	181
<i>Sabine Holtz</i>	

„Das furchtbare Verbrechen der Revolution“ – Adel und Revolution in Baden 1918–1921	201
<i>Martin Furtwängler</i>	
Kirche und Revolution 1918/19 in Baden	225
<i>Udo Wennemuth</i>	
Von der Monarchie zur Republik: ein Forschungs- und Digitalisierungsprojekt zur Demokratieggeschichte im deutschen Südwesten ...	249
<i>Simone Ruffer und Christina Wolf</i>	
Bildnachweis	257
Die Autorinnen und Autoren	259

Einleitung der Herausgeber

Runde Jubiläen bieten Historikern Anlässe, wichtige historische Ereignisse nicht zuletzt mit Blick auf ihre Bedeutung für die Gegenwart neu zu bewerten und Kenntnisse über diese Ereignisse zu vermehren. Der vorliegende Band möchte zumindest Letzteres für die Revolution von 1918/19 in landesgeschichtlicher Perspektive versuchen. Die Voraussetzungen hierfür waren insofern günstig, als es sich bei der Revolutionsgeschichte Badens und Württembergs um ein zuletzt eher schlecht bestelltes Feld handelt. Hierin spiegelt sich der allgemeine Forschungstrend einer weitgehenden Vernachlässigung der Revolution von 1918/19 auch in nationaler Perspektive wider: Hatten zunächst die Deutungsversuche der handelnden Personen die Diskussionen über die Revolution geprägt, so war sie nach der nationalsozialistischen Machtübernahme mit dem Etikett des Verrats an der eigenen Nation versehen und ganz ins Abseits gerückt worden. Nach 1945 spielte sie in den Diskussionen über Fehlentwicklungen in der deutschen Zeitgeschichte, die das „Dritte Reich“ ermöglicht haben, zwar eine zentrale Rolle, allerdings war der Blick dabei vorwiegend auf die Misserfolge und die Versäumnisse der Revolution gerichtet und nicht auf ihre Erfolge und ihre Potenziale. Das Ende der Weimarer Republik schien für den Verlauf der deutschen Geschichte größere Relevanz zu haben als ihre Anfänge. Wenn diese Anfänge der ersten deutschen Demokratie in Deutschland doch genauer in den Blick genommen wurden, dann geschah dies häufig mit dem Motiv der Fehlersuche – etwa bei den unter den Vorzeichen des Kalten Krieges geführten Diskussionen über die Entwicklungsperspektiven der Rätedemokratie, die sich in den Revolutionsmonaten 1918/19 kurzzeitig etablierte.

Über diesen großen, geschichtspolitisch aufgeladenen Fragen ist von der historischen Forschung ein Stück weit versäumt worden, die Komplexität der Revolution von 1918/19 zu erfassen und über die Rekonstruktion und Bewertung politischer Weichenstellungen hinaus zu untersuchen, wie die Revolution die Lebenswelten der Bevölkerung veränderte. Maßstäbe für die Beurteilung der Revolution sollten nicht nur das Jahr 1933 und die nicht

ausbrachen. Angesichts der weit verbreiteten Bürgerkriegsrhetorik und des politischen Lagerdenkens war dies nicht selbstverständlich. Die Feindseligkeit ging in Württemberg ganz offensichtlich nicht so weit, dass die Einwohner einer Stadt bereit gewesen wären, sich offen mit Waffen zu bekämpfen.¹¹⁷

Anders war dies offenbar bei den Soldaten von Polizeiwehr und Reichswehr. Diese zeigten sich im Konfliktfall bereit, scharf auf Zivilisten zu schießen, selbst wenn diese in derselben Stadt wie sie lebten. Offensichtlich verstanden sie sich in erster Linie als Angehörige einer militärischen Einheit, nicht als Teil der Stadtgesellschaft. Einsätze der Reichswehr wie die bei der Zerschlagung der Münchener Räterepublik und gegen die „Rote Ruhrarmee“ dürften dieses Bewusstsein weiter gefördert und Hemmungen abgebaut haben. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die Gewalt in den hier untersuchten Fällen zunächst meist von protestierenden Menschenmengen ausging, die ihrer Empörung über die anhaltende katastrophale Versorgungslage Luft machten.

Mit Blick auf die Reichswehr schrieb die *Donauwacht*: „Man scheint dort den Unterschied zwischen der Besetzung einer feindlichen Stadt im Kriege und der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Ordnung nicht genügend zu beachten.“¹¹⁸ In ihrem militärischen Denken befangen, ließen Polizei- und Reichswehrtruppen die Verhältnismäßigkeit der Mittel oft vermischen, wobei auch Überforderung eine wichtige Rolle gespielt haben dürfte. Ob die Gewalterfahrung des Ersten Weltkriegs ursächlich für die brutale Gewaltausübung von Soldaten war, ist in der Forschung umstritten. Die Zeitgenossen sahen jedoch, wie die hier zitierte sozialdemokratische Zeitung beispielhaft belegt, die militärische Gewaltanwendung gerade nicht als Ausdruck einer Verhaltenskontinuität, sondern als neuartig und im Sinne einer Übertragung kriegerischen Verhaltens auf innergesellschaftliche Konflikte.¹¹⁹

117 Vgl. für die Provinz Sachsen: Schumann: Politische Gewalt (wie Anm. 22), S. 76 und S. 361; allerdings wäre es verfehlt, deswegen die Bolschewismussfurcht im Bürgertum grundsätzlich in Frage zu stellen. Vgl. als Gegenbeispiel Hamburg: Schulte-Varendorff: Hungerunruhen in Hamburg (wie Anm. 13).

118 *Donauwacht* vom 2.7.1920.

119 Zur „Brutalisierungsthese“ vgl. George L. Mosse: *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993; dagegen neuerdings u. a. Robert Gerwarth: *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*, München 2017. Es ist vielleicht kein Zufall, dass quellenorientierte Arbeiten eher die Bedeutung der Gewalterfahrung betonen; vgl. Julian Aulke: *Räume der Revolution. Kulturelle Verräumlichung in Politisierungsprozessen während der Revolution 1918–1920*, Stuttgart 2015.

Frauen in der Revolution

„Welch tragisches, aber auch tröstliches Schauspiel! Ein unterlegenes, halbverhungertes Volk rettet sich aus nackter Verzweiflung, aus einem Übermaß an Anspannung mit ungeschwächter Energie in neue rastlose Betriebsamkeit: der Ersatz der Monarchie, die den verlorenen Krieg zu verantworten hatte, durch die Republik; als deren Rechtsgrundlage eine neue Verfassung [...]. Nun kamen Personen zu politischem Einfluß, die bis dahin beiseite gestanden hatten. Jugend und Frische strömten herzu, unversehens auch Frauen. [...] Aber die Führerinnen der Bewegung waren noch wie Offiziere ohne Heer. Nun hieß es sofort, die passiven Massen in Bewegung zu bringen [...]“¹

Mit diesen Worten beschrieb Marianne Weber die revolutionäre Situation des Jahres 1918. Die Aktivistin der Frauenbewegung, die ab 1919 auch Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine und Mitglied der linksliberalen DDP-Fraktion im badischen Landtag war, beschrieb eine Revolution, die Frauen ergriff, aber auch überrumpelte: Sie erlangten nach den Worten der Verfasserin „unversehens“ politischen Einfluss, waren aber zunächst nur Einzelne – und es fehlte an Organisation.

Die Revolution – (k)eine Männersache

Die Ausführungen Marianne Webers scheinen den Eindruck zu bestätigen, den man auch heute noch bei der Lektüre populärer Darstellungen der Revolution von 1918/19 gewinnen kann: Die Revolution sei eine Sache vor allem der Männer gewesen. So erfährt man in den Texten von revolutionären Matrosen, Arbeitern und Soldaten, von Räten, die gebildet wurden, einem Kaiser, der abdankte, und von Politikern unterschiedlicher Richtungen, die kurz aufeinanderfolgend die Republik ausriefen. All dies passierte, folgt man den Darstellungen, in den großen Städten – von Kiel über Hamburg und Hannover „wie ein Lauffeuer“ sich ausbreitend nach Leipzig, Düsseldorf und Köln, begleitet von „großem Jubel“ bis nach Frankfurt am Main und „mit fliegenden Fahnen“ nach München. Einzig die Abdankung des Kaisers

1 Marianne Weber: *Lebenserinnerungen*, Bremen 1948, S. 81 f.

scheint nicht recht in diese Darstellung zu passen. Sie fand, wie der Historiker Volker Ullrich schreibt, sang- und klanglos im „fernen Hauptquartier [der deutschen Obersten Heeresleitung] in Spa“ statt.²

Doch die Darstellung einer vorwiegend männlichen, hoch dynamischen, städtischen Revolution erfasst nur einen Teil der politischen Veränderungen in Deutschland in den Jahren 1918 und 1919. Sie lenkt den Blick auf den Beginn des politischen Umsturzes und die zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Geschehnisse auf den Straßen. Zieht man den Fokus weiter, wird das Bild vielfältiger: Neue Akteursgruppen und Geschwindigkeiten, andere Regionen und Orte sowie Arenen jenseits der Politik werden sichtbar. Auch wenn die Räte die Revolution trugen und in Berlin binnen kurzer Zeit maßgebliche Entscheidungen fielen, konnten die politischen Veränderungen nur deshalb durchgesetzt werden, weil sich unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen in allen Teilen des Landes auf mannigfache Weise und zu verschiedenen Zeiten einbrachten.

Der Blick in die Regionen und auf die Frauen – ein facettenreicheres Bild der Revolution

Frauen, so wird hier argumentiert, taten dies nicht erst, als sie am 5. Januar in Baden, am 12. Januar in Württemberg und am 19. Januar 1919 im Reich mit großer Mehrheit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten.³ Darauf wies die bereits zitierte Marianne Weber bereits am 15. Januar 1919 im Karlsruher Ständehaus hin. Bei der konstituierenden Sitzung der Badischen Nationalversammlung, die noch vor der Weimarer Nationalversammlung gewählt worden war, ergriff die Abgeordnete der DDP als erste Frau in einem deutschen Parlament überhaupt das Wort und machte deutlich:

„Wir Frauen können nur unserer hohen Freude und Befriedigung darüber Ausdruck geben, dass wir zu dieser Aufgabe mitberufen sind, und ich glaube, sagen zu dürfen, dass wir besser für sie vorbereitet sind, als vielleicht die meisten von Ihnen glauben.“⁴

Für die Parlamentarierinnen galt dies allemal. Davon zeugt zum einen ihre große Zahl, denn immerhin war es gelungen, in kürzester Zeit ausreichend Kandidatinnen für die unterschiedlichen Parlamente zu nominieren. Mit

2 Dieses und alle vorhergehenden Zitate aus Volker Ullrich: Die Revolution von 1918/19, München 2009, S. 28–35.

3 Bei der Reichstagswahl gaben 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen ihre Stimme ab.

4 Ina Hochreuther: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Parlamentarierinnen von 1919 bis heute, 3. Aufl. Stuttgart 2012, S. 67.

9,6 Prozent stellten Frauen einen Anteil an den gewählten Reichstagsabgeordneten, der erst 1983 im 10. Deutschen Bundestag wieder erreicht werden sollte. Das verweist einerseits auf die politische Partizipation von Frauen in der Revolutionszeit, andererseits aber auch darauf, dass mit dem Wahlrecht perspektivisch noch keine Emanzipation erreicht war. Auch die politische Arbeit der Gewählten verdeutlicht, wie gut diese auf ihre neuen Mitwirkungsmöglichkeiten vorbereitet waren. In der jungen Republik konnten sie wichtige Reformen, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik, durchsetzen.⁵ Und auch in den Länderparlamenten waren die Frauen präsent: In Württemberg stellten sie 13 der 150 Abgeordneten der Verfassungsgebenden Landesversammlung, in Baden neun von 107 Mitgliedern.⁶

Doch auch Frauen, die jenseits der öffentlichen Bühne agierten, waren durchaus politisch orientiert. Den Gedanken Marianne Webers aufnehmend, wird hier zu zeigen sein, dass sie sich bereits während des Kaiserreichs politisierten. Dies geschah häufig in Reflexion ihrer Alltagserfahrungen und damit in der Öffentlichkeit weniger sichtbar und fernab der politischen Parteien. Während der Kriegs- und vor allem der Revolutionszeit wurden Frauen überdies zur Zielgruppe politischer Agitation und Bildung. Gezeigt wird dies anhand alltagsgeschichtlicher Quellen. Autobiographische Zeugnisse, aber auch Aufrufe und Bildungsangebote geben einen Einblick in das Werben politischer Kräfte um Frauen sowie deren Stellung zum politischen Geschehen.

Auch wenn den beiden Ländern Baden und Württemberg für eine Gesamtbetrachtung der Revolution keine herausragende Bedeutung zukommt, sind sie aufgrund der jeweils spezifischen Rahmenbedingungen vor Ort von Interesse. So zeichnete sich Baden durch liberale Traditionen aus, was auch die Geschlechterpolitik beeinflusste. Bereits 1900 wurden im Großherzogtum Frauen zum Studium zugelassen – ein Novum in den deutschen Ländern. Seit dieser Zeit, genauer seit 1905, gab es eine weitere Besonderheit im Land: die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Nationalliberalen und einer reformistisch ausgerichteten Sozialdemokratie. Vor diesem Hin-

5 So wurden 1922 das Jugendwohlfahrtsgesetz und fünf Jahre später das Gesetz für Mutterschutz und Wöchnerinnenfürsorge verabschiedet. 1924 konnte eine Garantie der Sozialversicherung für Heimarbeiterinnen, 1926 eine Absenkung des Strafmaßes für Frauen, die abgetrieben haben, erwirkt werden. Vgl. Annette Kuhn (Hrsg.): Die Chronik der Frauen, Dortmund 1992, S. 437.

6 Die Zahlen stammen aus Hochreuther, Frauen im Parlament (wie Anm. 4), S. 69 und S. 49–67. Für Baden wurden sie anhand der biographischen Angaben ausgezählt.



Marianne Weber, aufgenommen um 1920.

tergrund verwundert es kaum, dass in Baden bereits am 10. November 1918 eine vorläufige Volksregierung gebildet werden konnte, die fast alle politischen Kräfte des Landes integrierte. In Württemberg, wo seit dem Jahreswechsel 1891/92 die SPD-Frauenzeitung *Die Gleichheit* unter der redaktionellen Leitung von Clara Zetkin herausgegeben wurde und die Sozialdemokraten im Landtag fast ausschließlich die Oppositionsrolle übernommen hatten, verlief der Übergang anders: Bereits am 6. November, noch bevor Soldaten die Nachrichten über die Aufstände im Norden des Landes persönlich nach

Württemberg brachten, wurde von gemäßigten politischen Kräften ein Teilerücktritt des Kabinetts unter Ministerpräsident Karl Freiherr von Weizsäcker erreicht. Doch diese Veränderungen sollten nicht ausreichen. Nur wenige Tage später sahen sich die neuen Minister mit den Forderungen linker Aufständischer konfrontiert, die die Straße kontrollierten. Die Regierung wechselte erneut, die Republik wurde ausgerufen und der württembergische König dankte als letzter Monarch in Deutschland ab.⁷

Unterscheiden sich die beiden Länder also in der politischen Kultur und repräsentieren unterschiedliche Wege in die Demokratie, so sollen sie dennoch im Folgenden in einem ersten übergreifenden Teil gemeinsam betrachtet werden. Zu ähnlich waren Restriktionen und Anforderungen, denen Frauen aufgrund ihres Geschlechts im Kaiserreich unterworfen waren. Dies betrifft zunächst rechtliche Ausschlüsse und Diskriminierungen im frühen 20. Jahrhundert. In einem ersten Schritt wird deshalb gezeigt, wie Frauen in Baden und Württemberg seit der Jahrhundertwende Strukturen schufen, die politische Bildung unter den gegebenen Umständen ermöglichten. Sie bilden den Rahmen für die im zweiten Schritt erfolgenden alltagsgeschichtlichen Betrachtungen. Anhand von Tagebüchern aus dem Tagebucharchiv in Emmendingen und dem Stadtarchiv Offenburg wird untersucht, wie Kriegserfahrungen an der sogenannten „Heimatfront“ die politische Positionierung von Frauen beeinflussten. Dabei stehen Einzelschicksale bürgerlicher Frauen aus Offenburg, Freiburg und Überlingen und damit das Land Baden im Mittelpunkt.

Das Tagebuchschreiben war im Bürgertum eine etablierte Form der Selbstreflexion, was erklärt, dass insbesondere Selbstzeugnisse aus dieser Bevölkerungsgruppe überliefert sind. Die Einträge der Frauen werden so wiedergegeben, wie sie sie niedergeschrieben haben; auf stilistische, orthographische oder grammatikalische Korrekturen wird verzichtet. Anschließend wird anhand der *Badischen Presse* die mediale Agitation und Wahrnehmung von Frauen in der Revolutionszeit diskutiert. Die Zeitung war vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit 35 000 gedruckten Exemplaren (1911) das auflagenstärkste Blatt im Raum Karlsruhe. Teilte sie sich in dieser Zeit den liberalen, bürgerlichen Adressatenkreis noch mit der kleineren, nationalliberalen *Landeszeitung*, so beherrschte sie nach Kriegsende und der Übernahme des Konkurrenten nun unter dem Namen *Badische Presse und Handelszei-*

⁷ Zur Revolution in den beiden Ländern siehe das Online-Angebot des Landesarchivs Baden-Württemberg: www.leo-bw.de/themen/landesgeschichte/baden-im-19-20.-jahrhundert/baden-und-wuerttemberg-in-der-novemberrevolution-1918 (Zugriff am 12.9.2017).

tung das Angebot in diesem Segment.⁸ Damit deckte sich die soziale Verortung ihrer bevorzugten Klientel mit der der Tagebuchschreiberinnen. Dies gilt auch für die *Frauenwacht*, die in Stuttgart erschien. Sie wurde zeitweise von Mathilde Planck, einer der führenden Protagonistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung in Württemberg, herausgegeben, die nach 1919 Mitglied für die DDP in der Verfassunggebenden Landesversammlung war und später im Landtag von Württemberg saß. Die *Frauenwacht* ergänzt die quantitative Auswertung der *Badischen Zeitung* qualitativ. Abschließend gilt es, die Ergebnisse der regionalhistorischen Betrachtungen in der Geschichte der Revolution von 1918/1919 zu verorten.

Mehr Rechte als anderswo – die Ausgangslage in Baden und Württemberg

Staat und Gesellschaft waren im Deutschen Kaiserreich patriarchalisch organisiert. Frauen kam dabei nur eine nachgeordnete Stellung zu. Sie ging mit einer Beschränkung ihrer politischen und bürgerlichen Rechte einher. Frauen hatten nur begrenzte Möglichkeiten der politischen Meinungsäußerung und Organisation, waren privat dem Vater oder Ehemann untergeordnet. Anders jedoch als in Preußen, wo Frauen weder wählen noch in Parteien oder Vereinen aktiv sein durften, erlaubten Baden und Württemberg ihren Bürgerinnen die politische Betätigung. So gründeten sich hier bereits früh Frauengruppen. Sie vertraten unterschiedliche Vorstellungen von der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Während radikale und linke Gruppierungen mehrheitlich von einer Gleichheit der Geschlechter ausgingen und eine rechtliche Gleichstellung forderten, setzten sich Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung für das Konzept der Gleichwertigkeit ein. Was sich dahinter verbirgt, machen die Worte von Klara Siebert deutlich, die bis 1919 Vorsitzende des badischen Landesausschusses des Katholischen Frauenbundes und dann Abgeordnete des Zentrums im badischen Landtag war. Sie berichtete nach der Revolution über ihre Motivation, politisch tätig zu werden:

„So bedeutete für mich das Eintreten der Frau in die Politik nicht ein Hineindrängen in die männliche Denkweise, aber ein Hineintragen von weiblichen Seelenwerten in die Formbildung unseres Gemeinschaftslebens. Der Sinn des Wortes von der Gleichberechtigung der Geschlechter ist nur die Berechtigung, die dem Frauentum wesentlichen Züge als Gestaltungskräfte für die erweiterte Familie, für Staat und Gemeinde anzuerkennen.“⁹

Frauen wie Klara Siebert gingen also davon aus, dass Männer und Frauen von Natur aus verschieden und mit unterschiedlichen Fähigkeiten ausgestattet seien. Diese unterschiedlichen Befähigungen seien jedoch als gleichwertig und einander ergänzend zu verstehen. Dementsprechend ist es für Vertreterinnen des Gleichwertigkeitskonzepts wichtig, dass sie auch tatsächlich zum Wohle der Gesellschaft eingesetzt werden. Daraus folgte Klara Siebert, dass zwar die Partizipation von Frauen am öffentlichen Leben, aber keineswegs gleiche Rechte eingefordert wurden. Das galt auch für das Wahlrecht:

„Bis Ende 1917 schien es undenkbar, ‚irgend eine Änderung in der Stellung der Frau vor dem Gesetz anzustreben, solange das Vaterland gegen äußere Feinde kämpfe und der Mann an den Fronten blute‘, so die Stellungnahme der Tübinger Ortsgruppe des Katholischen Frauenbunds.“¹⁰

Auch im turbulenten werdenden ersten Halbjahr 1918 beschränkten sich viele Vorschläge bürgerlicher Vereine in Württemberg auf eine stärkere Beteiligung von Frauen auf kommunalpolitischer Ebene. Dahinter stand die Vorstellung, dass Frauen in ihrem Nahraum eine so verstandene rationale, männliche Welt positiv ergänzen könnten. Einzubringen hätten sie emotionale und fürsorgerische Qualitäten, die ihnen aufgrund ihrer biologischen Fähigkeit, Mütter zu werden, zu eigen seien. Dies solle durchaus auf anderen Wegen als den männlichen geschehen. Die praktische Arbeit hatte jedoch trotz der unterschiedlichen Konzepte ähnliche Formen: Es entstanden Organisationen von und für Frauen. Die bürgerlichen Vereine setzten sich ausgehend von der Annahme besonderer weiblicher Fähigkeiten für begrenzte Formen der Partizipation vor allem in den Bereichen Erziehung und Pflege ein. Sie blieben auch organisatorisch eigenständig.

Demgegenüber suchte die proletarische Frauenbewegung den Schluß mit der Arbeiterbewegung und hoffte auf diese Weise, eine Gleichberechtigung in allen Bereichen zu erlangen. Die ab den 1890er-Jahren von Stuttgart aus tätige Clara Zetkin konstatierte dementsprechend kurz nach der Jahrhundertwende in einer Annoncenwerbung für die *Gleichheit* im Namen von Redaktion und Verlag:

„Wie bisher so wird die *Gleichheit* auch fernerhin mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die

⁸ Vgl. Konrad Dussel: *Pressebilder in der Weimarer Republik. Entgrenzung der Information*, Berlin 2012, S. 92–94, hier S. 93.

⁹ Zitat bei Hochreuter, *Frauen im Parlament* (wie Anm. 4), S. 43.

¹⁰ Elke Koch, in: *leo bw – Landeskunde online entdecken: www.leo-bw.de/themen/landesgeschichte/der-erste-weltkrieg/90-jahre-frauenwahlrecht* (Zugriff am 12.9.2017).

wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; [...] der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit.“¹¹

Eine wirkliche Gleichberechtigung der Frauen, so der Tenor, sei nur in einer anderen Gesellschaftsordnung möglich. Die Frauenfrage folge damit der Arbeiterfrage.

Doch die politische Arbeit begann unter den Bedingungen der Monarchie. Die erste sozialdemokratische Frauengruppe entstand nach dem Ende des Sozialistengesetzes Anfang der 1890er-Jahre in Mannheim. Nach der Jahrhundertwende kamen weitere hinzu. In Baden machte sich die Arbeiterin Therese Blase, später Vorsitzende der Sozialdemokratischen Frauen Badens und Mitglied im Landesvorstand der SPD, um den Aufbau der Gruppen verdient. In Württemberg war es die Weberin Laura Schradin, die ab 1919 ihre Partei im Landtag vertrat und dem Fraktionsvorstand wie dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss angehörte. Für das Frauenstimmrecht und die Belange von Hausfrauen setzte sich die Stuttgarterin Anna Blos ein. Sie war 1919 die einzige Württembergerin, die für die SPD in den Reichstag einzog.

Auch national und international gingen vom deutschen Südwesten frauenpolitische Impulse aus: In Mannheim fand 1906 im Rahmen des sozialdemokratischen Parteitags eine der frühen Frauenkonferenzen statt. Ein Jahr später wurde in Stuttgart im Kontext des Sozialistenkongresses die erste Internationale Frauenkonferenz einberufen. Ein Internationales Frauensekretariat unter der Leitung von Clara Zetkin wurde eingerichtet, dessen Sitz Stuttgart war.¹² Von hier gab sie ab 1892 auch *Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterin* heraus. Die Impulse, die von Baden und Württemberg für die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung ausgingen, waren durchaus beachtlich. Die lokalen Frauengruppen trugen ebenso wie die Zeitschrift zur politischen Bildung von Frauen in der Region und darüber hinaus bei und machten sie mit den Forderungen der Sozialdemokratie vertraut.

Aber auch bürgerliche Gruppierungen hatten namhafte Vertreterinnen in der Region, die Akzente setzten und Frauen mobilisierten. Sie engagierten sich insbesondere im sozialen Bereich, setzten sich für das Recht auf Bildung für Frauen und für weibliche Erwerbstätigkeit ein. So machten sie das

11 *Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen*, 11. Jg., 2.1.1901.

12 Zu den beiden Frauen und zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Südwestdeutschland siehe die historische Darstellung auf der Seite der SPD Baden-Württemberg: <http://geschichte.spd-bw.de/de/zwischen-protest-und-pragmatismus/1900-gleichheit-made-in-suedwest.html> (Zugriff am 12.9.2017).



Clara Zetkin am Rednerpult bei der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Mannheim im Jahr 1906.

Konzept der Gleichwertigkeit für die praktische Arbeit nutzbar. Dies gilt auch für die bereits mehrfach erwähnte Marianne Weber. Getragen von der Überzeugung, dass der Frau „weil sie Frau ist auch ein besonderer Kreis von Kulturaufgaben [...zufällt], in dem sie kraft ihrer Eigenart Unersetzliches zu leisten berufen ist“,¹³ kämpfte sie als Vorsitzende des Vereins Frauenbildung und Frauenstudium in Heidelberg seit der Jahrhundertwende dafür, dass Frauen ihre Fähigkeiten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens einbringen konnten. Darüber hinaus beschäftigte sich Marianne Weber sowohl in der Rechtsschutzstelle für Frauen als auch in ihrer wissenschaftlichen Arbeit mit spezifischen Problemen, vor die sich Frauen und Mütter gestellt sahen. Auch Marie Bernays, Nationalökonomin und eine der ersten Studentinnen an der Universität Heidelberg nach der Zulassung von Frauen zum Studium, engagierte sich für die Bildung von Frauen. Dabei fokussierte sie einen Bereich, der angesichts der angenommenen weiblichen Eigenarten als besonders geeignet für ihr Schaffen galt – die soziale Arbeit. Im Ersten Weltkrieg gründete sie zusammen mit anderen in Wissenschaft und Frauenfragen aktiven Frauen wie Elisabeth Altmann-Gottheiner, Julie Basermann und Alice Bensheimer in Mannheim eine Schule, in der Frauen theoretisch und praktisch für soziale Berufe ausgebildet wurden. Sie strebte eine Professionalisierung der Sozialarbeit an und wurde damit zu einer

13 Marianne Weber: *Die besonderen Kulturaufgaben der Frau* (1918), in: dies.: *Frauenfragen und Frauengedanken. Gesammelte Aufsätze*, Tübingen 1919, S. 238–261, hier S. 239 f.

wichtigen Vordenkerin beruflicher Bildung in diesem Bereich, wovon die Existenz der Schule bis in unsere Tage zeugt.¹⁴



Die Mitglieder des Vorstands des Bundes Deutscher Frauenvereine im Jahr 1919: Elisabeth Altmann-Gottheiner (sitzend, links), Gertrud Bäumer (sitzend rechts), Alice Bensheimer (stehend, links) und Emma Ender (stehend, rechts).

„Gemeinnützige Zwecke, welche sich für Frauentätigkeit eignen“, standen ebenfalls im Zentrum der Arbeit des Badischen Frauenvereins, einer landesweit tätigen Wohlfahrtsorganisation.¹⁵ Der Verein, der von Großherzogin Luise gegründet worden war, sah sich selbst zwar in deutlicher Distanz zur Frauenbewegung, auch zu ihrem bürgerlichen Flügel. Wie dieser setzte er sich aber für eine Verbesserung von Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten

14 Sie firmiert heute unter dem Namen Helene-Lange-Schule, Fröbel-Seminar und ist Teil der Hochschule Mannheim.

15 Sylvia Schraut: Der Badische Frauenverein 1859–1937. „Gemeinnützige Zwecke, welche sich für Frauentätigkeit eignen“, in: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012, S. 368–377 (online unter www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/badischer_frauenverein.html; Zugriff am 12.9.2017).

von Frauen ein. Dabei war auch seine Arbeit getragen von der Vorstellung, dass in der

„fortschreitenden Verwerthung der weiblichen Arbeitskraft durch die Gesellschaft innerhalb der durch die physische Beschaffenheit des Weibes und Anschauungen der Sitte gezogenen Grenzen [...] die wahre Emanzipation der Frau“

liege.¹⁶ Vor diesem Hintergrund förderte der Badische Frauenverein einerseits eine Professionalisierung fürsorgerischer, als weiblich erachteter Kompetenzen. Andererseits ermöglichte er ehrenamtlich tätigen Frauen, Kompetenz in der kommunalen Kommissionsarbeit aufzubauen. Die Historikerin Sylvia Schraut konstatiert zu Recht, dass der Verein dazu beitrug, Frauen sichtbar zu machen und „ein ‚frauenfreundliches‘ Klima in Baden zu fördern“.¹⁷

Es zeigt sich: Intellektuell und organisatorisch waren die Frauen in Baden und Württemberg gut aufgestellt. Im Laufe des frühen 20. Jahrhunderts wurden jene Strukturen geschaffen, die eine breite, auch politische Bildung der weiblichen Bevölkerung ermöglichten. Frauen und ihre Potenziale wurden zumindest in den Städten öffentlich sicht- und hörbar. Sie traten als gestaltende Kräfte des öffentlichen Lebens in Erscheinung und beteiligten sich aktiv an gesellschaftlichen Debatten. Dabei erwarben sie Kompetenzen, die für die eigene Positionierung wichtig waren. Dennoch gelang die Mobilisierung der Vielen nicht immer in dem Umfang und mit den Resultaten, die sich die Aktivistinnen wünschten. Dazu trugen neben dem etablierten Geschlechterbild und der daraus resultierenden Konzentration von Frauen auf den häuslichen Bereich auch die Zumutungen des Krieges bei.

„Die schwersten Monate“ – Kriegsalltag, Revolution und Stimmungen in der weiblichen Bevölkerung

Die öffentliche Wahrnehmung von Frauen, ihre politische Ansprache, aber auch ihre Partizipation verstärkten sich durch einen Krieg, in dem die Heimat als wichtige Ressource begriffen wurde, zugleich aber auch die Lasten des Krieges mitgetragen werden mussten. Sowohl die Staatsführung als auch die politischen Parteien und die Frauenbewegung forcierten die Agitation und Mobilisierung von Frauen. Praktisch bedeutete dies zunächst, dass

16 Blätter des Badischen Frauenvereins Nr. 10, 15.2.1878, S. 118 f, zitiert nach Kerstin Lutzer: Der Badische Frauenverein 1859–1918. Rotes Kreuz, Fürsorge und Frauenfrage, Stuttgart 2002, S. 155.

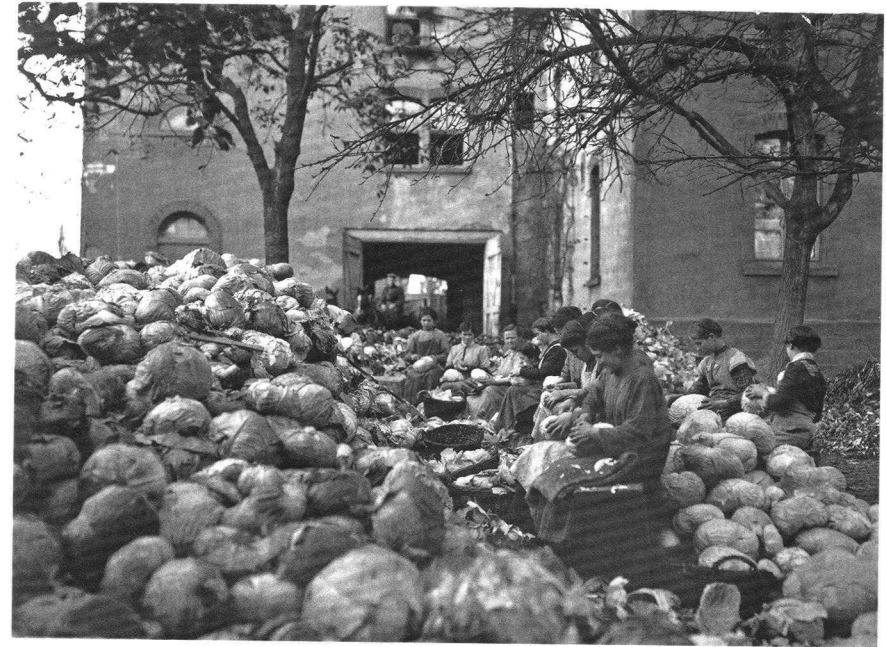
17 Schraut, Der Badische Frauenverein (wie Anm. 15).

Frauen die in den Krieg ziehenden Männer ersetzen mussten. In einer patriarchalischen Gesellschaft groß geworden, mussten sie nun nicht nur eigenverantwortlich Entscheidungen für sich und ihre Kinder treffen, sondern auch für Unterhalt und Versorgung unter den Bedingungen zunehmender Knappheit und militärischer Bedrohung sorgen. Frauen wurden als Un- oder Angelernte bei wesentlich schlechterer Bezahlung in Berufen tätig, die zuvor Männern vorbehalten gewesen waren. Bürgerliche Frauen, die durch ihre Männer oder Familien abgesichert waren, engagierten sich oftmals ehrenamtlich, zum Beispiel als Lazarettshelferinnen.



Karlsruhe im Jahr 1915: Frauen versehen den städtischen Dienst als Straßenbahnschaffnerinnen.

Angesichts einer ab 1915 stetig schwieriger werdenden Ernährungslage – bis Kriegsende starben im Deutschen Reich rund eine Million Menschen an Hunger oder hungerbedingten Folgekrankheiten – mussten Frauen immer mehr Zeit und Mühe auf die Beschaffung und Zubereitung von (Ersatz-)Nahrungsmitteln verwenden. Der Heidelberger Historiker Karl Hampe notierte in seinem Kriegstagebuch die Berichte seiner Frau über die Ernährungslage in der Stadt gegen Ende des Jahres 1915: „Lotte schreibt, daß sie meist erheblich hungern; dazu muß sie den ganzen Tag herumlaufen und womöglich Reihe ste-



Karlsruher Frauen beim Putzen von Krautköpfen im Jahr 1916.

hen. Hoffentlich sind jetzt die schwersten Monate.“¹⁸ Dieser Wunsch sollte sich nicht erfüllen. Bis 1917 verschlechterte sich die Ernährungslage weiter, so dass der Wissenschaftler unter Verweis auf eine gute Kirschenerte konstatierte: „Überhaupt hat man in Gemüse und Obst doch manche Ersatzmittel jetzt für die geringen Brotrationen und die fast ganz ausfallenden Kartoffeln [...]“. Vielen Menschen, insbesondere in den Städten, standen weniger als 1000 Kalorien pro Tag zur Verfügung. Die Haushaltung veränderte sich grundlegend: Das Kochen mit Ersatznahrungsmitteln erforderte ebenso wie Hamsterfahrten Zeit und Energie. Dabei galt es nicht nur die Familie, sondern gerade in den Garnisons- und grenznahen Städten auch einquartierte Soldaten zu versorgen. So berichtet eine aus Offenburg stammende Lehrerin:

„Am 6. August kamen 5 Landsturmeute [...]; 14 Tage hatten wir sie in der Verpflegung [...]. Das ging zumal noch [...] Sie waren in Roberts und Herrmanns [Brüder der Schreiberin; KPM] Zimmer untergebracht, schliefen in ihren Betten.“¹⁹

18 Karl Hampe: Kriegstagebuch 1914–1919, hrsg. von Folker Reinharts und Eike Wolgast, München 2004, S. 439 und S. 559 (für das folgende Zitat).

19 Hedwig Hugle: Tagebuch, Stadtarchiv (StadtA) Offenburg, S. 2/3 und S. 13 (für das folgende Zitat).

Für solche Einquartierungen gab es zwar Unterstützungszahlungen vom Reich, doch blieben die Beträge trotz steigender Preise konstant, was mit zunehmender Kriegsdauer die Last für die Aufnehmenden vergrößerte. Zu den täglichen materiellen Belastungen kam nicht nur die Sorge um die Männer, Väter und Söhne im Krieg hinzu, sondern in vielen grenznahen Städten in Baden die Angst um das eigene Leben. Sie wurden ab Sommer 1914 zum Ziel von Luftangriffen. Waren Müllheim und Freiburg zunächst Einzelfälle, nahm die Bedrohung ab 1915 zu. Neben den genannten Städten wurden Karlsruhe, Lörrach, Mannheim und schließlich auch Offenburg zu Zielen:

„Am 23. August 1915 erhielt unsere Stadt hohen, unheimlichen Besuch. S'war ein sonniger Tag, als abends kurz vor 6 Uhr es in der Luft zu krachen anfang, zu sausen, zu bersten. [...] Flieger! Man stürzte in die Keller, suchte sich zu retten, doch schon war es zu spät.“

Für Freiburg berichtet eine Tagebuchschreiberin von sechs Angriffen im Januar 1918, vier davon innerhalb von zehn Tagen.²⁰ Rund 100 Luftangriffe wurden bis Kriegsende auf badische Städte geflogen. Sie forderten 218 Todesopfer.²¹

Angesichts der Veränderungen und der schon wenige Monate nach Kriegsbeginn spürbaren Zumutungen eines Alltags im Krieg änderte sich die Stimmung bei den daheimgebliebenen Frauen. So nutzte die bereits zitierte gebürtige Offenburger Lehrerin, auf die ersten Kriegswochen zurückblickend, in ihrem Tagebuch durchweg positive Konnotationen, um den Abmarsch der ersten Soldaten zu beschreiben: „So zogen die Bekränzten hinaus gegen den Feind, starken Willens, frohen Mutes und starker Hoffnung voll.“²² Doch eigene Betroffenheit ließ den Tonfall nüchterner werden. Die nur kurze Zeit später erfolgte Einberufung der Brüder schilderte sie mit den Worten:

„Nach 6 Uhr abends sollte der Zug sie der Heimat entführen. Noch mehr Soldaten teilten ihr Los [...]. Vater, Mutter, Robert und Hermann [weitere Brüder der Schreiberin] gaben unseren Soldatenbrüdern das Geleite.“

20 Deutsches Tagebucharchiv (DTA) Emmendingen, Tagebuch M.F., Signatur 1641, I, 7, o. S.: Eintrag Januar 1918.

21 Ernst Otto Bräunche: Der Krieg an der Heimatfront, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Alltag und Propaganda. Politik & Unterricht. Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, Heft 3/4 – 2013, S. 8 (online unter www.lpb-bw.de/geschichte_ersterweltkrieg00.html; Zugriff am 12.9.2017).

22 Hedwig Hugle: Tagebuch, StadtA Offenburg, S. 2.

Es fällt auf, dass die Brüder, anders als die Soldaten, unmittelbar zu Kriegsbeginn nicht „ausziehen“, sondern aus „der Heimat entführt“ werden. Zugleich tritt das „Geleit“ der Verwandten an die Stelle einer Schilderung positiver Empfindungen der Soldaten. Exemplarisch lässt sich an den Schilderungen der Offenburgerin beobachten, wie sich Wertungen unter dem Eindruck eigener Kriegserfahrungen verändern. Diese sind nicht begrenzt auf besonders gewichtige Ereignisse, wie Abschiede von Verwandten oder Luftangriffe sie darstellen. Vielmehr sind sie alltäglich. Dies dokumentieren fortlaufende Tagebucheinträge einer jungen Freiburgerin aus bürgerlichem Haus aus dem Jahr 1915. Für die Zeit von Ende September bis Anfang November des Jahres berichtete sie von ihrer neuen Arbeit als Stoffzuschneiderin, ihrer Einsamkeit, die sie durch Briefeschreiben, die „einzig tröstliche Errungenschaft des Krieges“, kompensiere, reichhaltigem Kuchengenuss, dem sie „Hungernot!“ entgegengesetzte, dem Besuch eines Vortrags, der von einem „Hauptmann d. Inf. Res. (Archäologe)“ gehalten wurde, und einem Friedhofsbesuch an Allerheiligen: „Diese Massen Kriegsgräber – Zeichen d[er] Zeit!“²³

Die knappen Schilderungen machen deutlich, dass der Krieg auch in der Heimat lebensbestimmend war. Er veränderte Arbeit und Freizeit, die Wahrnehmung von Menschen und Nahrung sowie das Aussehen von Orten, hier des Friedhofs. Mit zunehmender Dauer wurde er in manchen Haushalten gar zum strukturierenden Element – so widerspiegelt im Tagebuch einer Hausfrau und Mutter, Gattin eines Amtsarztes aus Überlingen. Im ersten Halbjahr 1918 sind Briefwechsel mit dem Sohn im Feld, Tagesberichte oder Sondermeldungen zur militärischen Lage, Nachrichten über Bombardements sowie gefallene Verwandte stetig wiederkehrende Elemente ihrer kontinuierlichen Eintragungen.²⁴ Wie präsent der Tod ist, verdeutlichen zwei unmittelbar aufeinanderfolgende Einträge von Anfang September. Die Überlingerin notierte:

„Sie [eine Verwandte; KPM] hat nämlich ausführlich über die beiden Fliegerangriffe berichtet [...]. Kurz nach Karlsruhe seien Schrapnellwölkchen aufgestiegen u[nd] gleich darauf habe der Zug angehalten, alles musste aussteigen u[nd] sich glatt aufs Feld legen und dann sei eine furchtbare Schießerei losgegangen u[nd] Bomben ringsherum eingeschlagen. Ein Zug war ganz, ein anderer teilweise zerstört [...]. Als sie dann in Mannheim einfuhren, ging die Geschichte nochmal los u[nd] mußte eine ganze Stunde [...] in den Kellern [...] zubringen [...].“

23 DTA Emmendingen, Tagebuch A.G.-K., Signatur 463, Transkription S. 5.

24 DTA Emmendingen, Tagebuch A.W., Signatur 1718, 1-3, Transkription S. 228–242.

Und nach einigen Ausführungen zur weiteren Reise der Bombardierten fuhr die Tagebuchschreiberin fort:

„Wir sind noch ganz erschüttert von der Nachricht, die uns G. [...] schrieb. Ihr Bruder F. ist am 4. September gefallen. Es ist furchtbar, Sohn u[nd] Schwiegersohn, Bruder u[nd] Mann, in fünf Monaten; die arme S., die arme G.! Nun hat jeder der drei W.brüder einen Sohn verloren. F. ist das 10. Opfer, das das Vaterland von unseren Familien forderte. Nun ist unser E. der einzige Träger des Namens in der engeren Familie, von den acht Kindern der drei Brüder nur noch G. und E.“²⁵

Es wird deutlich: Der Tod von Angehörigen im Feld, aber auch durch Kriegseinwirkungen wie Bombardements und Hungerfolgen, gehörte zum Kriegsalltag einer großen Zahl von Familien. Solche Erfahrungen forderten die betroffenen Frauen heraus, sich zu positionieren. Die untersuchten Tagebuchschreiberinnen taten dies auf unterschiedliche Weise. Gemeinsam ist jedoch allen, dass sie Differenzen zwischen verlorenem oder erhofftem Leben in Friedenszeiten und ihrem demgegenüber als bedrängend erfahrenen Leben im Krieg fokussierten. Auf diese Weise entstand eine gedankliche Zuflucht, zu der man sich zurücksehnte oder auf die man zustrebte. In letzterem Fall ist sie mit einer positiven Utopie verbunden. Die Perspektivierungen fallen je nach Bildung, sozialem Stand und weltanschaulicher Überzeugung unterschiedlich aus. So imaginiert die Mittvierzigerin, deutschnational gesinnte und eher großbürgerliche Arztgattin angesichts des Wilson'schen Friedensplans und der deutschen Zustimmung zu Gebietsabtretungen im Oktober 1918 ein wiedererstarkendes Deutschland, das sie mit persönlichen Zukunftshoffnungen verknüpft:

„Das war eine bitter ernste Stunde [...] für uns Frauen und Mütter, die wir von unsern Kindern opfern mußten [...]. Und wenn auch kein Einsichtiger an keinen (!) Eroberungsfrieden mehr gedacht hat, so fällt doch der Gedanke an einen Frieden, wie er jetzt kommt, gerade um des vielen Blutes willen, arg schwer. [...] Nun heißt es [...], den Glauben an Deutschlands Zukunft nicht verlieren u. mitzuarbeiten, [...] daß Deutschland doch noch einmal einen Sieg erlebt, wie wir ihn uns 1914 erträumt haben. Mehr denn je braucht aber Deutschland nun Männer, die deutsch fühlen und handeln [...]. Du, unser lieber Sohn, bist ein solcher. [...] All mein Denken und Fühlen ist ein ständiges Gebet für Deine Heimkehr. Herrgott gib uns Enkel durch ihn und laß den rechten, deutschen Geist, der in unserer Familie lebt, erhalten bleiben.“²⁶

25 Ebd., S. 244 (alle Namen wurden von der Verfasserin anonymisiert).

26 Ebd., S. 247, Hervorhebung aus dem Transkript übernommen.

Erträumt wurde hier eine Restauration der eigenen verlorenen Welt durch die Nachkommen. In ihren Wünschen ganz anders, aber ebenfalls Verlust empfindend, urteilte die wesentlich jüngere, Mitte zwanzigjährige Lazarettshelferin aus Freiburg. Sie trauerte über die gesamte Zeit ihrer Einträge einer Vorkriegszeit nach, in der der Umgang mit Männern eingeübten gesellschaftlichen Konventionen folgte, was es Töchtern aus gutem Hause ermöglichte, einen angemessenen Ehemann zu finden. So erzählte sie begeistert von einem Kuraufenthalt 1915, der ihr als Kontrast zur Gegenwart diente:

„Concert gratis Cafe 25 [Pfg]! Elende Kurmusik, aber so viel j[un]g[e] Leute seit dem Krieg nicht mehr gesehen. [...] Mir liegt das Kurleben sehr – man weiß, wo man die Leute sieht u[nd] trifft [...]! (Zeiten u[nd] die waren halt famos – mehr beanspruche ich auch heute noch nicht – ob leider? Od[er] gottlob?).“²⁷

Auch für sie bedeutete die Revolution, die die gesellschaftliche Ordnung und damit eine Rückkehr zum Verlorenen infrage zu stellen schien, einen Verlust. Im November 1918 schrieb sie, sich überfordert und orientierungslos fühlend:

„Über die Lage mag man gar nicht schreiben, weil sie wohin man sieht verraten u[nd] verkauft scheint u[nd] Durcheinander, daß man nicht klug daraus wird. Die Menschen meint man seien auch schlechter geworden, das finde ich besonders traurig. Z. B. blieben Post u[nd] E.s [Freunde; KPM] plötzlich, gänzlich weg – kein Besuch mehr.“²⁸

Hier fehlt, anders als bei der Überlingerin, eine positive Utopie. Erwartungen, was zukünftig geschehen möge, werden nicht entwickelt. Beim Lesen der Einträge entsteht der Eindruck, die junge Tagebuchschreiberin fühle sich als Spielball in den Veränderungsprozessen: So konnte sie auch ein Jahr später zu Silvester 1919 nur konstatieren:

„Sylvester [...] bei uns mit Fr[ä]u. K., die die Suppe machte! Aber hübsch Klavier spielte bis 12 Uhr – dann tranken wir eine Flasche Neuen, den wir Mittags im Auto – feinsten Benzwagen – hamsterten. Alles Zeichen der Zeit, die hier zwischen den Zeilen stehen. Denn weshalb lautes Wehklagen über unser verratenes den Feinden ausgeliefertes Vaterland! Es war ganz nett [...]! Auch wenn auch andere Zeichen!“²⁹

Es wird deutlich: Der Krieg politisierte die Frauen, deren Schreiben über den Krieg hier exemplarisch ausgewertet wurde, nicht in einem parteipolitischen Sinne. In ihren Tagebüchern oder Erinnerungen bezogen sie die poli-

27 DTA Emmendingen, Tagebuch A. G.-K., Signatur 463, Transkription S. 4.

28 Ebd., S. 36.

29 Ebd., S. 41, Hervorhebung aus dem Transkript übernommen.

tischen Ereignisse auf ihre alltägliche Erfahrungswelt und die Lebensumstände, die sie prägten. Sie bildeten für die Frauen die Grundlage einerseits ihrer Verortung im revolutionären Geschehen und andererseits seiner Bewertung. Der Wunsch, politisch aktiv zu werden, sich für die Umsetzung eigener Vorstellungen zu organisieren oder Rechte einzufordern, fand hingegen keine Erwähnung. Zwar forderten die Kriegs- und Revolutionserfahrung aufgrund ihrer Veränderungswirkungen zur Positionierung heraus, politische Ordnungsvorstellungen orientieren sich jedoch – häufig wenig spezifisch – am Verlorenen. Der Handlungsradius blieb auf das jeweilige engere Umfeld begrenzt.

„Zusammengehörigkeit von Kochtopf und Politik“ – Bildungsangebote und politische Agitation für Frauen

Angesichts der geschilderten Belastungen und deren Wirkung auf Frauen, die exemplarisch anhand von Einzelschicksalen nachvollzogen wurden, verwundert es kaum, dass die „Heimatfront“ im Verlauf des Krieges nicht nur Sinnbild einer engen Verbindung von Front und Daheimgebliebenen blieb, sondern eine eigenständige Bedeutung für die politische Stabilität im Land bekam. Den Frauen kam dabei eine zentrale Stellung zu. Dementsprechend forderte der Sozialdemokrat Emanuel Wurm im Juni 1916 im Reichstag nach der Diagnose eines weitreichenden Defizits in der Nahrungsmittelversorgung,

„daß das Vaterland auch den Frauen Dank wissen lassen sollte, die es verstanden haben, durch Sparsamkeit zur Aufrechterhaltung des Haushaltes beizutragen“.

Und er fügte hinzu:

„Ich hoffe, daß die Frauen ihren Dank dem Vaterlande auch dadurch abstaten, daß sie immer mehr zu der Erkenntnis kommen, [...] daß der Kochtopf und die Politik zusammengehören [...]“.³⁰

Die Untersuchung der Tagebücher zeigt, dass die Frauen einen solchen Zusammenhang zwar sahen, aber nicht im Sinne der Parteien politisch aktiv wurden. Dies betraf einerseits das direkte Engagement in den Organisationen, auf das sich die eingangs zitierte Bemerkung Marianne Webers von den „Offizieren ohne Heer“ bezog, andererseits aber auch die politische

30 Emanuel Wurm: Rede während der Beratung des mündlichen Berichts des Haushaltsausschusses, betreffend Ernährungsfragen, in: Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte, Bd. 308 (1916), S. 1672A, www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003404_00103.html (Zugriff am 12.9.2017).

Orientierung. Viele bürgerliche Frauen empfanden – wie die untersuchten Tagebuchschreiberinnen auch – die Veränderungen, die die Revolution mit sich brachte, eher als irritierend oder gar bedrohlich. Um diese Frauen zu mobilisieren, wurden alle politischen Kräfte, auch jene, die Frauen vor der Revolution ihre politische Mündigkeit abgesprochen hatten, aktiv.

Ein Beispiel dafür ist die *Frauenwacht*, die es sich in ihrem Untertitel zur Aufgabe machte, „Frauenbestrebungen in Württemberg“ zu fördern. Anlässlich einer Denkschrift des Bundes deutscher Frauenvereine zum Frauenstimmrecht forderte die Schriftleitung des Organs der bürgerlichen Frauenbewegung in Württemberg im März 1918 „alle Frauen“ auf, sich „über das Für und Wider der mancherlei damit zusammenhängenden Fragen und Aufgaben klar“ zu werden.³¹ In diesem Kontext veröffentlichte sie nicht nur redaktionelle Beiträge zum Thema, sondern auch Zuschriften. Es entfaltete sich eine kontroverse Diskussion, in deren Verlauf den Frauen empfohlen wurde, angesichts des Krieges zugunsten einer „inneren Geschlossenheit“ mit Forderungen zu warten und sich gegebenenfalls mit einem passiven Wahlrecht zu begnügen, da, so die Angst des Schreibers, sonst die Sozialdemokraten profitieren könnten. Oder Frauen sollten sich vielleicht besser jenseits der Parteien in eigenen Frauengruppen organisieren, um zu verhindern, „dass aus den Frauen künstlich Männer gezüchtet werden“.³² Noch wenige Monate vor der Revolution waren die bürgerlich-nationalen Kräfte also zögerlich. Zwar forderte die bürgerliche Frauenbewegung mehr Partizipationsrechte, doch waren deren Umsetzung und Wirkung umstritten. Letztlich gab es Zweifel an der politischen Mündigkeit von Frauen. Sie schienen in der Vorstellung eines Geschlechtermodells, das Frauen als gefühlsgesteuert imaginiert, unberechenbar.

Vielleicht ist das ein Grund dafür, dass mit der Entscheidung über die Einführung des Frauenstimmrechts im Zuge der Revolution alle Parteien ihre Bemühungen um die politische Bildung verstärkten. Ein weiterer wichtiger Grund liegt in der Quantität der Wählerinnen. Es galt neue Stimmen zu gewinnen. In diesem Sinne umriss die *Frauenwacht* im Januar 1919 die besondere Bedeutung der Frauen für die bevorstehenden Wahlen:

„In dieser Verworrenheit ist den Frauen die Entscheidung über unseres Volkes Schicksal mit anvertraut. Ja, es kommt ganz besonders auf uns an. Denn infolge

31 Anmerkung der Schriftleitung, in: Die Frauenwacht. Zeitschrift zur Förderung der Frauenbestrebungen in Württemberg, 6. Jg., H. 7/8 (1918), S. 45.

32 Hedwig Haas: Ein Wort zum Frauenstimmrecht, in: ebd., gefolgt von zwei Positionen von Gustav Gerok: Noch ein Wort zum Frauenstimmrecht, in: ebd., 6. Jg., H. 13/14 (1918), S. 52.

der großen Verluste, die wir im Krieg erlitten, sind wir Frauen bedeutend in der Mehrzahl. Verstehen wir die Forderungen der Zeit, so vermögen wir etwas Gutes zu schaffen. Sind wir träge, gleichgültig oder lassen uns nur nach der Seite schieben, die am heftigsten auf uns einredet, so sind wir es, die das Unheil und die Verwirrung mehren, statt mindern. So unerfahren wir im allgemeinen sind, wir dürfen uns doch nicht bloß leiten lassen, sondern müssen selbständig urteilen lernen.“³³

Mit ihrem Plädoyer wollte die Verfasserin Mathilde Planck ihre Leserinnen nicht nur für die politische Macht, die in den Händen der Frauen lag, sensibilisieren und sie zum Wählen motivieren. Vielmehr forderte sie angesichts der nun gegebenen Mitbestimmungsmöglichkeiten das rasche politische Mündigwerden von ihnen, das sie an eigenverantwortliches Informieren und durchdachte Meinungsbildung band.

Hierfür machten die Parteien in den Monaten bis zur Wahl zahlreiche Angebote. Zwischen Ende November 1918 und Mitte Januar 1919, also zwischen dem Ende der revolutionären Wirren und den Reichstagswahlen am 19. Januar, schalteten Parteien und Vereine 33 Aufrufe und Anzeigen in der *Badischen Zeitung*, die sich speziell an Frauen richteten. Angesichts der politischen Ausrichtung des Blattes verwundert es nicht, dass die DDP mit Abstand am häufigsten annoncierte. Die anderen größeren Parteien waren, bei einem leichten Übergewicht des Zentrums, mit zwei (SPD) bis vier (DNVP) Angeboten recht ausgeglichen vertreten, während jüngere Gruppierungen wie die Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) fehlten. Das Spektrum der Veranstaltungen, die in der *Badischen Presse* im Betrachtungszeitraum angekündigt wurden, war zu mehr als neunzig Prozent parteipolitisch dominiert. Das setzt voraus, dass die unterschiedlichen Parteien davon ausgingen, dass die Leserinnen der Zeitung politisch nicht so fest gebunden waren, wie dies für die männliche Leserschaft angenommen wurde. Werbung in einem bürgerlich-liberalen Blatt wurde auch bei anderer politischer Ausrichtung als durchaus erfolgversprechend eingeschätzt. Neben parteipolitischen Angeboten wie Wählerinnen- oder Frauenversammlungen der einzelnen Gruppierungen wurden auch Themenabende angeboten. Dabei standen mit Themen wie „Demokratie und Frauen“ (DDP, 9.12.1918) oder „Politische Pflichten der Frau“ (DNVP, 29.12.1918) eindeutig Überblickveranstaltungen zur politischen Bildung im Vordergrund.

Damit nahmen die Parteien den Diskurs des Kaiserreichs über die Mündigkeit von Frauen auf. Sie schufen aus unterschiedlichen weltanschaulichen Perspektiven ein Angebot, das es den Wählerinnen ermöglichte, sich

³³ Mathilde Planck: Unsere politische Aufgabe, in: ebd., 7. Jg., H. 7/8 (1919), S. 17.



Mathilde Planck: Lehrerin, Vorsitzende des Vereins Frauenbildung – Frauenstudium sowie Landtagsabgeordnete.

im politischen Feld zu orientieren. Interessant ist dabei, dass dieses Angebot zu fünfzig Prozent von Frauen vermittelt wurde. Viele von ihnen waren bereits in der Zeit des Kaiserreichs auf kommunaler Ebene in Vereinen oder Frauengruppen der Parteien aktiv gewesen. Inwiefern die Adressatinnen der Veranstaltungen diese annahmen und sich auf der Grundlage der vorgestellten Meinung in der Lage sahen, selbständig politisch zu urteilen, wie es Mathilde Planck gefordert hatte, lässt sich auf der Grundlage der untersuchten Quellen nicht sagen. In den Tagebüchern der bürgerlichen Schreiberinnen finden sich jedenfalls keine Hinweise auf die Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen.

Die bis dahin politisch nicht engagierten Frauen ließen sich nur schwer mobilisieren. Überdies sympathisierten sie häufig mit konservativen und nationalen Parteien, die sich um die Frauenrechte wenig verdient machten. Der Wunsch nach einer Stabilität, die oftmals an verlorenen Sicherheiten der Kaiserzeit gemessen wurde, überwog hier. Die neuen partizipativen Formen demokratischer Politikgestaltung blieben fremd – oder, wie die Überlingerin 1920 zusammenfassend festhielt:

„Ich werde ehrlich Alles weiterverfolgen, aber nur aus Pflichtgefühl, Freude werde ich an dieser Politik nie haben, dazu geht es mir zu laut und unschön zu. [...] Aber im stillen werde ich immer meine Bürgerinnenpflicht tun und so wie ich denken viele Frauen, ohne Spießler zu sein. Und ich denke wir Frauen und Mütter, die klaglos ein geliebtes Kinderleben dem Vaterland geopfert haben, die lieben ihr Vaterland, vielleicht gerade deshalb, in seinem Unglück tiefer, als die lautesten weiblichen Politikerinnen und Agitatorinnen. Und weshalb sollte mit der Zeit nicht durch ruhiges Belehren, vielleicht langsamer, aber sicher mehr zu erreichen sein, als durch Radau [...].“³⁴

Politisierung im Stillen und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten – ein Fazit

Das zitierte Resümee einer der Tagebuchschreiberinnen dokumentiert eine nach außen wenig sicht- und hörbare, demokratischen Formen und Verfahren der Meinungsbildung skeptisch gegenüberstehende Politisierung bürgerlicher Frauen in Baden. Sie geht einher mit einer zumindest kritischen Distanz, wenn nicht Ablehnung der Revolution, die als endgültige Zerstörerinnen der durch den Krieg verlorenen Welt und ihrer Ordnung wahrgenommen wurde. Dennoch war diese „Politisierung im Stillen“ nachhaltig. Diese Nachhaltigkeit speiste sich bei vielen bürgerlichen Frauen aus den Erfahrungen des Krieges und seiner Zumutungen sowie eines Selbstverständnisses als Patriotinnen. Sie wird auch an der eingangs erwähnten großen Zahl von Frauen deutlich, die sich an der Wahl zur Nationalversammlung beteiligten.

Vergleicht man die Politisierung der bürgerlichen Tagebuchschreiberinnen mit dem Engagement von Aktivistinnen aller politischer Richtungen in Baden und Württemberg, das eingangs vorgestellt wurde, dann fallen neben unterschiedlichen Sicht- und Hörbarkeiten vor allem unterschiedliche Geschwindigkeiten der Politisierung auf. So reichte die Politisierung letzterer bis in die Zeit vor der Jahrhundertwende zurück, während die bürgerlichen Tagebuchschreiberinnen wesentlich durch den Krieg zu politischen Positionierungen motiviert wurden. Damit folgen die Ergebnisse den Erkennt-

nissen, die für das Reich vorliegen. Die Feststellung unterschiedlicher Geschwindigkeiten gilt insbesondere im Vergleich mit jenen Frauen, die links der Mitte standen. Solche Frauen trugen nicht nur die Lebensmittelproteste, die sich bereits Ende 1915 gegen die schlechte Versorgungslage gerichtet hatten. Sie waren auch an den Streiks im Frühjahr 1917 und 1918 sowie an der Revolution aktiv beteiligt, wie Christiane Sternsdorf-Hauck³⁵ anhand von Polizei- und Gerichtsakten für Bayern zeigen kann. Den Wert dieser Quellen gilt es auch für eine Revolutionsgeschichte der Frauen in Baden und Württemberg zu vermessen. Auf diese Weise könnte ihr Bild facettenreicher und detaillierter werden.

³⁴ DTA Emmendingen, Tagebuch A. W., Signatur 1718, 1-3, Transkription S. 275.

³⁵ Christiane Sternsdorf-Hauck: Brotmarken und rote Fahnen. Frauen in der bayrischen Revolution und Räterepublik 1918/19. Mit einem Briefwechsel zwischen Frauen vom Ammersee, aus München, Berlin und Bremen, erw. Neuausg., Karlsruhe 2008.